

Referent Abg. Georgi: Einer Vorlesung der Decretsvorlage wird es nicht bedürfen, da die betreffende Vorlage der hohen Staatsregierung in den Bericht einverleibt worden ist.

Präsident Dr. Haase: Ich habe an die hohe Staatsregierung die Frage zu richten, ob dieselbe mit dem Vorschlage des Herrn Referenten einverstanden sei?

Staatsminister Behr: Ja, die Regierung ist damit einverstanden.

Referent Abg. Georgi: Der Bericht der zweiten Deputation lautet folgendermaßen:

Die unterzeichnete Deputation, welche ihrer geehrten Kammer über die Budgetvorlage auf die Jahre 1858/60 Bericht zu erstatten und sich zu beeilen hat, dieser Aufgabe mit aller zulässigen Beschleunigung zu genügen, begegnet bei deren Lösung gleich von vorn herein einer Frage von allgemeiner und grundsätzlicher Wichtigkeit, über welche sie glaubt einen besondern Bericht erstatten zu müssen.

Es ist dies die Frage über die Nothwendigkeit einer Aufbesserung der im Staatsdienste angestellten Beamten, Officianten und Diener. Die hohe Staatsregierung nimmt an, daß für einen Theil dieser Angestellten ein Mißverhältniß zwischen deren Bezügen und den Preisen der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse notorisch sei, und hat nach gewissen Grundsätzen, welche in den Erläuterungen zu dem Staatsbudget unter D. (Landt.-Acten, I. Abth. S. 169 und fg.) entwickelt sind, eine Aufbesserung für die bevorstehende Finanzperiode bereits postulirt.

Die unterzeichnete Deputation glaubt über diese Frage vor Allem sich gutachtlich äußern und sie dann zur, wenigstens vorläufigen, Entscheidung ihrer geehrten Kammer stellen zu müssen, da von dieser Entscheidung die weitere Behandlung der Budgetvorlage in einer wesentlichen Beziehung bedingt wird.

Es wird sich darum handeln:

ob anzuerkennen ist, daß zwischen den Gehaltsbezügen eines Theils der im Staatsdienste Angestellten und den Preisen der Lebensbedürfnisse ein Mißverhältniß besteht,

welche Uebelstände sich, falls diese Frage zu bejahen wäre, daran knüpfen,

welche Mittel zur Abhilfe sich darbieten und endlich

wie die speciellen Vorschläge zu beurtheilen sind, welche die hohe Staatsregierung in dieser Richtung durch ihre Budgetvorlage macht?

Die Klage über Unzulänglichkeit der Gehalte der Angestellten ist sehr alt, hat aber aus verschiedenen Ursachen in neuerer Zeit beinahe den Charakter eines Nothrufes angenommen. Es wird von vielen und competenten Seiten die ökonomische Lage eines großen Theiles der besoldeten Diener mit so trüben Farben geschildert, daß der Schluß auf einen öffentlichen Nothstand in dieser Beziehung zulässig erscheinen möchte.

Möge auch darin unbezweifelt Uebertreibung und eine, auf zum Theil vorübergehenden Erscheinungen beruhende Beurtheilung der Angelegenheit liegen, so wird auch das Uebel an sich schwerlich sich in Abrede stellen, eine allmähliche Abhilfe sich nicht von der Hand weisen lassen, wenn

nicht mit den Organen, in deren Hände die wichtigsten Interessen des Staates und der Gesellschaft gelegt sind, diese Interessen selbst leiden sollen.

Die Thatsache einer permanenten und fortschreitenden Theuerung unentbehrlicher Lebensbedürfnisse liegt offenkundig vor und besteht nicht mehr ausschließlich an einzelnen großen Centralpunkten des Verbrauches, sondern ist mit Hilfe der erleichterten Verkehrsmittel allgemein geworden. Die frühere provinzielle Wohlfeilheit besteht meist nur noch in der Erinnerung. Die Statistik liefert den Beleg dafür, daß die meisten Nahrungstoffe, hiernächst aber namentlich die Preise der Wohnungen seit 25 Jahren in durchschnittlicher wesentlicher Erhöhung sich bewegt haben.

Nach Hamburger Preislisten stellt sich beispielsweise folgende Erhöhung heraus:

	1831/40.	1841/50.	1854.	1855.
Weizen:	100,0.	120,7.	192,6.	212,7.
Schensfleisch:	100,0.	119,5.	161,4.	183,0.

Möge man nun die Ursache dieser Erscheinung in einer abnehmenden Kaufkraft des Geldes oder in der Zunahme des Massenwohlstandes und der darauf beruhenden erhöhten Consumtionsfähigkeit der Massen, oder, was wohl das Richtige sein möchte, in Beiden zugleich zu finden glauben — für die vorliegende Frage ist dies ohne Einfluß. — Es ist möglich, ja mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der großartige Aufschwung, welchen alle Verkehrsverhältnisse in den allerletzten Jahren genommen haben, die davon bedingte Erhöhung aller Löhne und Zunahme der Consumtionsfähigkeit der Massen, wie des Luxus der höhern Klassen der Gesellschaft, in dieser Maße nicht fortauern werde, ein mehr nüchterner, natürlicher Zustand sich Bahn brechen wird; immerhin wird hoffentlich der gesunde Theil dieses Aufschwunges sich erhalten und dies genügen, um das Preisniveau der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse weit über dem Durchschnitt früherer Jahrzehnde zu erhalten. Die Gehalte der öffentlichen Diener sind aber weit früher auf andern Voraussetzungen als die gegenwärtig maßgebenden geregelt und nur vereinzelt und ausnahmsweise den spätern Bedürfnissen und Zuständen angepaßt worden. Man kann deshalb, ohne ungerecht zu sein, nicht in Abrede stellen, daß die Verhältnisse nicht mehr die frühern sind, sich wesentlich zum Nachtheile der mit fixen Geldbesoldungen Angestellten geändert haben. Es wird dabei in der Sache nichts gefördert, wenn man zwei Einwendungen geltend macht, die man oft zu hören bekommt, nämlich — daß noch viele andere Klassen der Gesellschaft unter den gedachten Verhältnissen zu leiden hätten, und dann, daß auch von den öffentlichen Dienern gegenwärtig mehr Luxus getrieben werde, als früher und als zulässig erscheine. Beide Thatsachen sind nicht in Abrede zu stellen, rücksichtlich der ersteren, namentlich der nicht im eigentlichen Staatsdienst mit fixem Gehalt Angestellten und dann des theilweise leidenden gewerblichen Kleinbetriebs zu gedenken; aber es kann doch nur die Aufgabe sein, da, wo ähnliche leidende Zustände bestehen, die Abhilfe ins Auge zu fassen, nicht von dem Einen an den Andern zu verweisen. Der Vorwurf von zu großem Luxus ist im Einzelnen gewiß sehr begründet, und wo dies der Fall ist, sehr zu tadeln, allein — theils kann es und wird es sich gegenwärtig nicht darum handeln in einer Ausdehnung helfend einzuschreiten, welche diese Richtung fördern könnte, theils würde es nicht ganz gerecht sein, dem öffentlichen Beamten streng das frühere einfachere